

Hintergrund

«Wir sind zu Neutralität verpflichtet»

100 Jahre Interpol Cyberkriminalität wird zu einer Industrie, Mafiosi machen Milliarden Gewinne – und die Polizeiorganisation soll das abwenden. Generalsekretär Jürgen Stock über die Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Behörde.

Christoph Koopmann

Jürgen Stock hat eigentlich Grund zu feiern. Die grösste Polizeiorganisation der Welt, deren Generalsekretär er ist, feiert in diesen Tagen ihren hundertsten Geburtstag. Doch der Interpol-Vorsitzende spricht lieber über ernste Themen: Cyberkriminelle, Mafiosi, Menschenhändler. Die Strafverfolger hätten derzeit so viel zu tun wie noch nie, sagt Stock.

Herr Stock, Experten warnen zurzeit vor riesigen Schäden durch Cyberkriminalität. Wie ernst ist es?

Wir weisen seit vielen Jahren auf die stark steigende Zahl der Angriffe hin. Global gehen die Schäden in Richtung zehn Billionen US-Dollar jährlich. Und mit der weiter zunehmenden Vernetzung aller unserer Lebensbereiche bestehen Tatgelegenheiten ohne Grenzen, im wahren Sinne des Wortes. Nun kommt noch künstliche Intelligenz hinzu, die Täter bereits nutzen, um immer ausgefeiltere Angriffe und Attacken sozusagen in industriellem Massstab zu fahren.

Wieso kommt die Polizei da kaum hinterher?

Täter und benutzte Server-Infrastruktur sind häufig im Ausland, das heisst, es ist aufwendig, international zu ermitteln. Zudem sind Beweismittel und Täterlöse in der virtuellen Welt höchst flüchtig, es muss also schnell gehandelt werden. Anonymisierung und Kryptierung machen es viel schwieriger, Verdächtige zu identifizieren. Deshalb ist gerade hier internationale Zusammenarbeit essenziell. Da können wir helfen. Zusätzlich wird bei der UNO gerade eine Konvention zur Bekämpfung von Cybercrime verhandelt, wobei Interpol mit am Verhandlungstisch sitzt.

Sitzen die Verdächtigen in Russland, stossen europäische Ermittler bei dortigen Behörden an Grenzen. Interpol etwa nicht?

Die Kooperation stösst grundsätzlich an verschiedene Grenzen – das können rechtliche sein, aber auch eine Sache von Ressourcen, wenn der andere Staat nicht die Mittel hat, Cybercrime zu verfolgen. Das können auch politische Dinge sein. Was uns aber nicht davon abhält, es zu versuchen, über unsere Kanäle Kontakt herzustellen. Wir sind sicher nicht in allen Fällen erfolgreich, aber manchmal gelingt es uns doch: dass auch zwischen Staaten, die schwierige oder gar keine diplomatischen Beziehungen haben, auf der polizeilichen Ebene eine gewisse Zusammenarbeit zustande kommt, um etwa Leben zu retten.

Klappt das auch mit Russland? Wir halten gegenwärtig die Informationskanäle mit Russland offen. Die Mitgliedsstaaten entscheiden, ob sie die nutzen – und sie werden genutzt.

Sie beziehen keine Position, obwohl der Mitgliedsstaat



«Global gehen die durch Cyberkriminalität verursachten Schäden in Richtung zehn Billionen US-Dollar, jährlich»: Interpol-Vorsitzender Jürgen Stock im Hauptquartier in Lyon. Foto: AFP

Russland Krieg gegen ein anderes Mitglied führt?

Wir sind nach unseren Statuten zu strikter Neutralität verpflichtet. Das haben die Gründerväter und -mütter von Interpol bereits 1923 als Prinzip verankert, welches bis heute gilt: Wir lassen Politik aussen vor, wir konzentrieren uns auf das, was damals «der gemeine Verbrecher» genannt wurde – also gewöhnliche Kriminalität, die nicht politisch motiviert ist. Nur so konnte und kann transnationale Kriminalität wirksam bekämpft werden. Denn jede Lücke, die wir in der Zusammenarbeit lassen, wird von Kriminellen genutzt; und jede Krise, auch zwischen Staaten, ist für Kriminelle eine Gelegenheit, Gewinne und Einfluss zu maximieren.

Wie globalisiertes Verbrechen funktioniert, führt auch die italienische 'Ndrangheta-Mafia vor. Was tut Interpol dagegen? Italien hat vor drei Jahren mit uns ein Projekt speziell zur Bekämpfung der 'Ndrangheta entwickelt. Der Gedanke: Trotz aller Erfolge der italienischen Behörden hat sich diese Gruppierung weltweit ausgedehnt und ist mächtiger und gefährlicher geworden. In einer Interpol-Taskforce werden weltweit Informationen gesammelt und Operationen koordiniert. Das Ergebnis: Wir konnten circa 50 Festnahmen weltweit unterstützen und einigen Staaten sagen: Ihr habt ein 'Ndrangheta-Problem, ihr wisst es nur noch nicht. Diese Mafiaorganisation ist in annähernd 40 Staa-

ten aktiv, ein riesiges, gefährliches, mächtiges Netzwerk.

Was würde dagegen helfen?

Die astronomisch hohen Erlöse einziehen. Bei der 'Ndrangheta sollen das rund 50 Milliarden Euro pro Jahr sein. Der einzelne Festgenommene kann meist leicht ersetzt werden, aber wenn der Geldfluss versiegt, ist das schwieriger wieder zu erwirtschaften. Leider wird weltweit nur ein Bruchteil der gigantischen kriminellen Erlöse beschlagnahmt; die Optimisten unter den Strafverfolgern sagen, zwei bis drei Prozent, die Pessimisten, weniger als ein Prozent. Auch hier hilft nur ein intensiver und schnellerer Informationsaustausch, global koordiniert durch Interpol, um Vermögenswerte zu lokalisieren und einzufrieren, bis justizielle Rechtschilfe einsetzt.

Macht Interpol Fehler? Russland, China und Syrien

«Unsere Aufgabe ist es nicht, unsere Mitgliedsstaaten zu überwachern. Dafür gibt es andere Gremien.»

etwa sollen «Red Notices», also Fahndungsaufrufe von Interpol, benutzt haben, um politische Gegner im Ausland festnehmen zu lassen.

Zunächst mal: Eine «Red Notice» ist kein Haftbefehl, sondern ein Fahndungsauftrag, den wir weitergeben. Jeder Staat entscheidet selbst, ob er auf dieser Grundlage jemanden festnimmt. Aber wir wollen, dass sich unsere Mitgliedsstaaten darauf verlassen können, dass jede «Notice» den Anforderungen unserer Regeln entspricht. Ich habe das zum Schwerpunkt meiner Amtszeit gemacht und 2016 eine Taskforce eingerichtet, die jeden Antrag auf eine «Notice» sorgfältig prüft. Das gab es vorher nicht. Diese Taskforce hat inzwischen fast 50 Mitarbeiter. Wenn wir Anhaltspunkte dafür haben, dass hinter einem Ersuchen überwiegend politische, rassistische, religiöse oder militärische Gründe stecken, lehnen wir ab. 95 Prozent der Fälle sind übrigens völlig unstreitig und helfen jedes Jahr, Tausende schwerkriminelle weltweit festzunehmen, das heisst, es ist ein äusserst effektives polizeiliches Instrument.

Aber 2021 zum Beispiel wurde ein Uigure, den China aus politischen Gründen gesucht haben soll, aufgrund einer «Red Notice» in Marokko festgenommen. Kein System ist perfekt, Fehler passieren auch in nationalen Systemen. Aber selbst NGOs erkennen die Arbeit an, die wir bisher gemacht haben. Das betrifft auch die Stärkung der

Berufungskommission, an die sich Betroffene wenden können. Deren Unabhängigkeit wurde gestärkt, und sie trifft jetzt auch für das Generalsekretariat bindende Entscheidungen. Wenn ein Staat wiederholt gegen unsere Regeln verstösst, verhängen wir Aufsichtsmassnahmen, sogenannte Corrective Measures.

Auch gegen Russland?

Gegen Russland haben wir im vergangenen Jahr Aufsichtsmassnahmen verhängt. Sie müssen ihre Informationen, die sie an andere Staaten weitergeben wollen, zunächst vom Generalsekretariat prüfen lassen. So stellen wir sicher, dass kein Verstoß gegen unsere Regularien stattfindet. Wir schauen uns im Moment jedes Ersuchen aus Russland sehr genau an. Falls wir feststellen, dass ein Mitgliedsstaat sich wieder statutenrechtlich im Informationsaustausch verhält, werden die korrekativen Massnahmen aufgehoben.

2018 wurde Interpol-Präsident Meng Hongwei, ein Chinese, quasi aus dem Amt gekidnappt. Jetzt sitzt er in China wegen Korruption 14 Jahre Haft ab. Warum hat sich Interpol so auffällig still verhalten?

Wir sind eine internationale Organisation, deren Funktionieren ganz wesentlich davon abhängt, dass wir uns an unsere eigenen Regularien halten. So haben wir auch diesen Fall behandelt. Das Amt des Interpol-Präsidenten ist quasi ein Ehrenamt, man behält das Amt, das man in seinem Heimatland bekleidet, und ist

weiterhin Bediensteter seiner nationalen Administration. Im Falle Meng Hongweis ging es um Vorwürfe, die nicht im Zusammenhang standen mit seiner Rolle bei Interpol. Dies hatten wir zur Kenntnis zu nehmen und daraus die Schlussfolgerungen nach unseren Statuten abzuleiten. Wir haben uns nicht in die souveränen Belange eines Mitgliedsstaats einzumischen, auch wenn es den Interpol-Präsidenten betrifft.

Der aktuelle Präsident Ahmed Naser al-Raisi soll als Generalinspektor des Innenministeriums in den Vereinigten Arabischen Emiraten für Folter verantwortlich sein. Wie ist das vereinbar mit Menschenrechtsstandards, denen auch Interpol verpflichtet ist? Auch hier handelt es sich um Anschuldigungen gegen ihn, die im Zusammenhang mit seiner nationalen Funktion, nicht aber der Funktion als Interpol-Präsident gemacht werden. Es ist zudem ein schwebendes Verfahren, es gilt grundsätzlich die Unschuldsvermutung, und es wäre unangemessen, würde ich das gegenwärtig weiter kommentieren. Die Menschenrechtsstandards nehmen wir gemäss unserer Verfassung äusserst ernst, wenn es um die Arbeit von Interpol geht. Unsere Aufgabe ist es übrigens nicht, unsere Mitgliedsstaaten zu überwachen, was diese ausserhalb der Interpol-Zusammenarbeit in Sachen Menschenrechten tun oder nicht tun. Dafür gibt es andere, politische Gremien.

Debatte

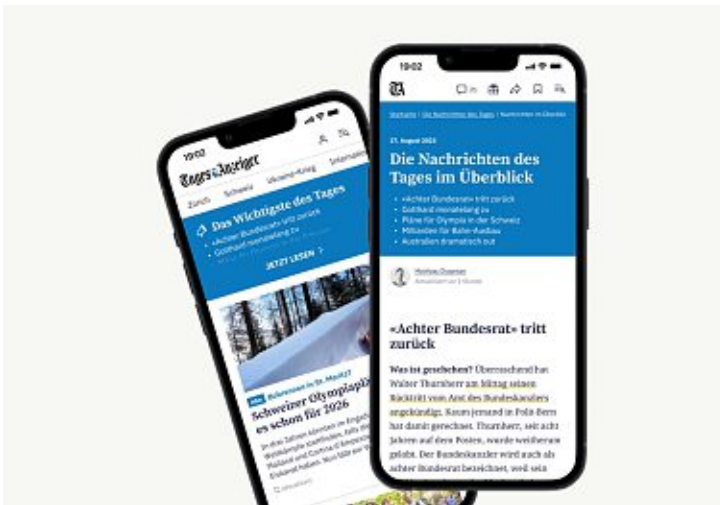
In eigener Sache

Der «Tages-Anzeiger» lanciert das Abendbriefing

Sie wollen informiert sein, haben aber nicht immer Zeit, die News zu checken? Sie möchten wissen, wie der «Tages-Anzeiger» das Geschehene einordnet, können aber erst am Abend wieder News lesen? Dafür gibt es fortan «Das Wichtigste des Tages» in unserem Abendbriefing. Ab 17 Uhr schalten wir auf unserer Website einen kompakten Artikel auf, in dem wir maximal fünf Themen kurz zusammenfassen: Welches waren die News? Und warum ist es wichtig, davon zu erfahren? Zusätzlich zeigt der Blick nach vorn, über welche Ereignisse wir am nächsten Tag berichten werden.

Wem diese Zusammenfassung genügt, der ist ohne weitere Klicks informiert. Fünf Minuten lesen reichen. Wer es genauer wissen will, geht via Links zu den vertiefenden Artikeln. Das Briefing (es ersetzt das bisherige Format «Der Abend kompakt») wird von der Nachrichten-Redaktion im Newsroom in Zürich geschrieben und produziert.

Wir freuen uns, wenn Sie auch künftig auf der App oder auf der Website unsere Artikel lesen oder Podcasts hören und sich dabei ab 17 Uhr mit «Das Wichtigste des Tages» informieren. Viel Spass dabei!



Tages-Anzeiger

Herausgeberin: Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG, Werderstrasse 21, 8004 Zürich, Tel. 044 249 44 11, Leserschaft: 307'000 Personen (MACH Basic 2023-1)

Verbreitete Auflage: 106'382 (WEMF 2022) Davon verkaufte Exemplare: 91'322 Ex. **Verleger:** Pietro Supino **Chefredaktion Tages-Anzeiger:** Raphaela Birrer (dt), **Chefredaktor:** Adrian Zurbruggen (zsu), stv. **Chefredaktor:** Matthias Chapman (cpm), Kerstin Hasse (kh)

Redaktionelle Steuerung: Newschef: Adrian Eng. **Tagesleitung:** Jacqueline Büchi, Matthias Chapman, Kerstin Hasse, Patrick Kühnis, Adrian

Zurbrüggen, Planungschefin: Ursula Schubiger. **Printleitung:** Rolf Eisenhut, Tatiana Grusso, Lukas Lampert, Thomas Möckli, Stepan Reuter, Thomas Wernli. **Ombudsmann:** Ignaz Staub, Postfach 318, CH-6330 Cham, **Ombudsmann:** tamedia@bluewin.ch **Ressortleitende:** **Analysen und Meinungen:** Fabian Renz (fre), **Leitung, Schweiz:** Mario Stäubli (ms), **International:** Christof Münger (dm), **Wirtschaft:** Peter Burkhardt (pbu), **Recherchedesk:** Catherine Boss (ctm), Oliver Zihlmann (oz), **Zürich Politik & Wirtschaft:** Corina Zander (zaz), stv. **Leitung, Zürich Stadtleben:** Claudia Schmitt (cs), stv. **Leitung, Sport:** Ueli Kägi (uka), **Leben:** Michèle Binswanger (mcb), Philippe Zweifel (phz), **Kultur:** Philippe Zweifel (phz)

Gesellschaft: Michèle Binswanger (mcb), **Service:** Philippe Zweifel (phz), **Wissen:** Anke Fossgreen (af), **Daten & Interaktiv:** Dominik Balmer (db), Marc Brubacher (bru), **Neue digitale Inhalte:** Boris Gyöax (bgy), **Bild:** Olaf Hille, **Infografik:** Michael Rüegg, **Podcast:** Mirja Gaballauer (mga), **Leitung, Tamedia Editorial Services:** Vivian Joyce (vj), **Ressortleitende Tamedia Editorial Services:** **Textproduktion Bezahlmittel/Kehrseite:** Raphael Diethelm (dip), Tatiana Grusso (tgr), **Layout:** Tobias Gaberthür, Johannes Neukomm, **Korrektorat:** Rita Frommenwiler. **Verlag:** **Leitung, Nutzungsmarkt:** Marc Isler. **Leitung Abo-Service:** Aranzazu Diaz. **Abonnementspreise:** shop.tagesanzeiger.ch

ANZEIGE

Für Quasselstreifen. Das aktuellste Telefonbuch.

Telefonbuch, TV-Programm, Wetter, Karte und Fahrplan. Die aktuellsten Infos für alles rund um Sie – auf search.ch und unserer App.

Jetzt search.ch App downloaden.

Briefe an die Redaktion

Kirche untersucht Fälle selbst

«Tages-Anzeiger» vom 19.9. «Bundesrat soll Skandal untersuchen»

Es ist schön und gut, dass Herr Mainardi versucht, den Gläubigen aufzuzeigen, dass Mitglieder der Kirche sehr wohl fehlbar sein und zur Rechenschaft gezogen werden können. Aber wie realitätsfremd muss man sein, um das überhaupt zu müssen, wenn man mit solcher Monstrosität konfrontiert wird? Solange Menschen religiöse Begründungen für die Aufrechterhaltung der Justiz benötigen, wird sich nichts ändern. Denn offensichtlich leben sie abseits des Rechtsstaats und müssen diesen übersetzt bekommen. **David Hera, Zürich**

Als ehemaliger Ministrant, Oberministrant, Pfarreirat und Kollegienrat in St. Gallen fühle ich mich gedrängt, zu den aktuellen Ereignissen Stellung zu nehmen. Missbrauch hat es schon immer gegeben. Am häufigsten innerhalb der Familien. Das Problem des Missbrauchs liegt allein an persönlichen Verfehlungen der Täter und nicht, wie immer behauptet wird, an der Institution Kirche. Auch das Zölibat und die kirchliche Moral sind nicht das Problem, im Gegenteil. Das Ausmass ist sehr wohl

erschreckend und der Missbrauch in aller Form zu verurteilen. **Fabian Manser, St. Gallen**

Die Kirche untersucht ihren Missbrauchsskandal nicht selber. Die Untersuchung führen die Professorinnen Dr. Monika Dommann und Dr. Marietta Meier vom Historischen Seminar der Universität Zürich. Sie arbeiteten für die jetzt veröffentlichte Voruntersuchung vollkommen unabhängig und werden das auch im bereits in Auftrag gegebenen dreijährigen Folgeprojekt tun. Ohne diese Vorbedingung hätten sie den Auftrag gar nicht erst übernommen. **Beatrix Ledergerber, Adliswil**

Schwerpunkte nicht vergessen

«Tages-Anzeiger» vom 18.9. «Nicht wählen gehen? Dafür gibt es gute Gründe»

Viele Wahlkandidatinnen und -kandidaten richten ihren Wahlkampf auf ausgewählte, oft unbestrittene Politthemen aus. Das sind z. B. die Gleichstellung der Frauen, mehr Digitalisierung, Lärmschutz, Verbesserung der bei IV, Tierschutz, Kultur. Wer für eines dieser Themen besonders empfänglich ist, stimmt gern für Kandidat:innen, die sich für solche Themen einsetzen.

Dabei vergessen sie, dass diese Kandidatinnen und Kandidaten im Parlament auch bei Schwerpunktthemen, die für die Souveränität der Schweiz wichtig sind, mitbestimmen. Diese sind für mich das Verhältnis der Schweiz zur EU, Neutralität, Migration, Versorgungssicherheit. **Alex Schneider, Küttigen**

Rekurswut durch Einsprachen

«Tages-Anzeiger» vom 19.9. «Rekurswut in Zürich blockiert immer mehr Bauvorhaben»

Sieben von zehn Bauprojekten werden in Zürich durch Einsprachen verzögert. Die rot-grüne Stadtregierung verhinderte im grossen Stil dringend benötigte Wohnungen. In erpresserischem Stil wurde versucht, Bauvorhaben zu beeinflussen. Da wurde das Projekt von 375 Wohnungen mit einem Drittel gemeinnützigen Wohnungen an der Neugasse fahrlässig verspielt, indem hochmütig um zu hohe Bedingungen gefeilscht wurde. Die unsäglich verzögerte beim Hardturmstadion wird von Anwohnern aus dem rot-grünen Lager angetrieben, die in den umliegenden Kultbauten wohnen und laufend neue Ideen für Behinderungen empfänglich ist, stimmt gern für Kandidat:innen, die sich für solche Themen einsetzen.

senschaften, hängig. In Witikon geht es um 370 Wohnungen. Auf dem Areal Harsplen auf 30'000 Quadratmetern müssen für eine bessere Erschliessung 130 Quadratmeter abgetauscht werden. Auch hier werden gewagte Pokerfantasien angeheizt. Insgesamt sind es in diesem Jahr über 1500 Wohnungen, die vorläufig nicht gebaut werden können. Eine Erhöhung um ein Geschoss über die gesamte Stadt wäre ein mutiger Entscheid zur Verdichtung gewesen, unsere rot-grüne Regierung hat dies aber mit einer einzigen Mehrstimme abgelehnt. Was Zürich braucht, sind vielseitige Wohnflächen in verschiedenen Preissegmenten mit einem funktionierenden Markt. **Martin Lanz, Zürich**

Ein Bravo für König Charles

«Tages-Anzeiger» vom 20.9. «Zwei Könige und keine Stopfleber»

Ein grosses Lob für König Charles, das er bei seinem Staatsbesuch in Frankreich zu erkennen gibt, das Stopfleber unerwünscht ist. Es ist unverdächtig, dass sich Frankreich nach wie vor mit dem tierquälerischen Produkt Foie gras brüsten. **Christoph Maurer, Zürich**

Muttergesellschaft und Beteiligungen Die Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der TX Group AG. Weitere Informationen zur TX Group AG unter tx-group.com Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG i. S. v. Art. 322 StGB DZZ Druckzentrum Zürich AG, LZ Linth Zeitung AG, Tamedia Abo Services AG, Tamedia Basler Zeitung AG, Tamedia, ZRZ AG, Zürcher Oberland Medien AG

In Zusammenarbeit mit der «Süddeutschen Zeitung» Eine Marke von Tamedia